

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Peter Friedrich, Garrelt Duin, Hubertus Heil (Peine), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/1618 –

Sicherstellung der Unternehmensfinanzierung des Mittelstands

Vorbemerkung der Fragesteller

Mittelständische Unternehmen in Deutschland spüren die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in besonderem Maße. Die Eigenkapitalbasis kleiner und mittlerer Unternehmen, die Herz und Motor der deutschen Wirtschaft repräsentieren, reduziert sich angesichts ausbleibender Aufträge massiv und lässt den Konkurs durch Überschuldung zu einer realen Gefahr werden.

Das gemeinsame Ziel aller Akteure muss es deshalb sein, gerade kleinen und mittleren Unternehmen aus der Kreditkrise herauszuhelfen. Mittelständische Branchenstrukturen sowie die Unternehmen mit ihren Belegschaften und deren Qualifikationen müssen erhalten bleiben, um nachhaltigen Schaden von der Volkswirtschaft abzuwenden. Dies gilt auch, um die Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft über die Krise zu retten. Ein Land, das kein Gold im Boden hat, muss auf das Gold in den Köpfen setzen – vor allem in den kleinen und mittleren Unternehmen unseres Landes.

Traditionell basiert die Finanzierung mittelständischer Unternehmen in Deutschland auf zwei Säulen: der Innenfinanzierung aus einbehaltenen Gewinnen sowie der Kreditfinanzierung über Banken. Die Folgen der Wirtschaftskrise und die sich nur langsam verbessernden konjunkturellen Zukunftsaussichten verschlechtern die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Unternehmen. Durch rückläufige Umsätze bei konstanten Betriebskosten sind die Unternehmen gezwungen, zur Finanzierung laufender Kosten ihre Eigenkapitalbasis heranzuziehen, was ihre Bonität beeinträchtigt und die Konditionen neuer Kredite verschlechtert. Die Bonität einzelner Unternehmen verschlechtert sich auch durch rückläufige Ertragsersparungen und führt zur Anwendung verschärfter Kreditvergabebedingungen, in deren Folge die Banken für höhere Kreditrisiken eine höhere Eigenkapitalausstattung vorhalten müssen.

Zahlen der Europäischen Zentralbank zur Vergabe von Krediten an Unternehmen in der Eurozone belegen eine deutlich nachlassende Kreditdynamik, die als eindeutiges Alarmzeichen gesehen werden kann. Zwischenzeitlich spürt auch der Mittelstand die zurückgehende Kreditvergabe der Banken. Zudem wird als problematisch bewertet, dass innovative Unternehmen und Existenzgründer zunehmend Finanzierungsschwierigkeiten haben. Auch die große Exportabhän-

gigkeit der deutschen Wirtschaft erweist sich als verschärfender Faktor. Bei der Bewertung der momentanen Entwicklung wird vielfach befürchtet, dass eine Situation eintreten könnte, in der Beschränkungen des Kreditangebots den konjunkturellen Aufschwung hemmen.

1. Wie bewertet die Bundesregierung die aktuelle Situation bei der Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen?
2. Welche Entwicklung erwartet die Bundesregierung bei der Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen für den weiteren Jahresverlauf 2010 und das Jahr 2011?
3. Welche Faktoren macht die Bundesregierung für die nachlassende Dynamik bei der Vergabe von Krediten an kleine und mittlere Unternehmen verantwortlich?
4. Schließt sich die Bundesregierung der Befürchtung an, dass in absehbarer Zeit eine Situation eintreten könnte, in der Beschränkungen bei der Kreditvergabe den konjunkturellen Aufschwung hemmen könnte?

Die Kreditvergabebedingungen für Unternehmen haben sich durch Finanz- und Wirtschaftskrise verschärft. Die Banken sind vorsichtiger geworden und prüfen die Geschäftsaussichten der Kreditnehmer sehr genau. Allerdings ist bislang keine flächendeckende Kreditklemme zu beobachten.

Ermutigend ist, dass die Kreditvergabe laut ifo-Kredithürde seit Beginn dieses Jahres von den Unternehmen zum wiederholten Mal infolge als weniger restriktiv empfunden wird.

Der Rückgang der Kreditvergabe und auch des Kreditbestands ist auch mit einer geringeren Kapitalnachfrage erklärbar. Viele Unternehmen haben Investitionen zurückgestellt und Kosten reduziert. Gleichzeitig ist es vielen größeren Unternehmen gelungen, sich mit Unternehmensanleihen frisches Kapital auf dem freien Markt zu beschaffen.

Auf die Unternehmen könnten jedoch weitere Finanzierungsprobleme zukommen: Verschiedene Untersuchungen (Quelle: KfW Bankengruppe und Bundesverband Deutscher Banken) deuten darauf hin, dass im Lauf des Jahres eine mögliche Verschlechterung der Finanzierungssituation für die Unternehmen nicht auszuschließen ist.

Diese Einschätzung ergibt sich aus Folgendem:

1. In den nächsten Wochen und Monaten könnten sich die eher schlechten Geschäftszahlen der Unternehmen aus 2009 auf die allgemeine Kreditwürdigkeit der Unternehmen negativ auswirken. Da bei schlechteren Bonitäten die Banken selber verpflichtet sind, mehr Eigenkapital vorzuhalten, verringert sich dadurch das Kreditvolumen, das sie insgesamt zur Verfügung stellen können.
2. Es gibt – erfreulicherweise – verlässliche Hinweise für einen Konjunkturaufschwung zum Jahreswechsel 2010/2011. Damit steigt in aller Regel die Investitionsbereitschaft der Unternehmen und damit auch die Kreditnachfrage. Einem verringerten Angebot steht also eine größere Nachfrage entgegen, das könnte die Situation insgesamt verschärfen. Eine genauere Einschätzung der Lage wird erst in den kommenden Monaten möglich sein, wenn die Unternehmensbilanzen aus dem Jahre 2009 in breiter Fläche vorliegen und somit die Auswirkungen auf das Rating der Unternehmen überschaubar werden.

5. Mit welchen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung dieser Gefahr entgegenzuwirken und gerade kleinen und mittleren Unternehmen aus der Kreditkrise herauszuhelfen?

Im Jahr 2010 steht auch weiterhin der Wirtschaftsfonds Deutschland mit Krediten und Bürgschaften für die Unternehmen bereit. Die Bundesregierung hat seit Frühjahr 2009 bis Anfang Mai 2010 über 13 800 Unternehmen mit 12,4 Mrd. Euro direkt geholfen. Circa 3 400 Zusagen mit einem Volumen von 7,4 Mrd. Euro entfallen dabei auf Kredite. Beim Bürgschaftsprogramm erfolgten bislang rund 10 400 Zusagen mit einem Volumen von 5 Mrd. Euro. 94 Prozent der Kredite und 99 Prozent der Bürgschaften wurden dabei von Mittelständlern nachgefragt. Dazu kommen die Verträge über Globaldarlehen der KfW Bankengruppe in Höhe von 3 Mrd. Euro mit fünf Banken. Im Übrigen verfolgt die Bundesregierung die laufende Entwicklung sehr genau, und wird bei Bedarf geeignete Maßnahmen prüfen.

6. Gedenkt die Bundesregierung Maßnahmen zu ergreifen, um kleineren und mittleren Unternehmen, deren Eigenkapitalbasis durch die Krise angegriffen und teilweise aufgezehrt ist, bei der Überwindung ihrer Bonitätsprobleme zu unterstützen?
7. Wie bewertet die Bundesregierung Forderungen nach einer stärkeren Eigenkapitalfinanzierung von Unternehmen, um über eine unmittelbare Absicherung der wirtschaftlichen Substanz gerade kleiner und mittlerer Unternehmen die aktuelle Problemlage zu meistern?

Deutsche Unternehmen haben traditionell eine niedrige Eigenkapitalausstattung. Zwar ist von 1998 bis 2007 die Eigenkapitalquote der Unternehmen um 8 Prozentpunkte auf durchschnittlich 25,5 Prozent gestiegen. Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich die in den letzten Jahren angelegten Eigenkapitalpolster jedoch schnell wieder verringert. Das Thema „Eigenkapitalstärkung“ wird deshalb in den nächsten Jahren eine zentrale Rolle bei der Unternehmensfinanzierung spielen.

Die Bundesregierung hat bereits frühzeitig reagiert und ihr Förderinstrumentarium im Bereich der Wagnis- und Beteiligungsfinanzierung ausgebaut. So wurden die Mittel des ERP-Startfonds zum 1. Januar 2009 von 250 Mio. Euro auf 470 Mio. Euro aufgestockt. Das Volumen des ERP-/EIF-Dachfonds, das je zur Hälfte vom ERP-Sondervermögen und vom Europäischen Investitionsfonds gespeist wird, wird von 500 Mio. Euro auf 1 Mrd. Euro verdoppelt. Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung mit staatlichen Rückgarantien das Geschäft der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaften, die – unterstützt durch das ERP-Sondervermögen – mit ihren Beteiligungen vornehmlich das Eigenkapitalpolster kleiner und mittelständischer Unternehmen stärken.

8. Schließt sich die Bundesregierung der vielfach geäußerten Befürchtung an, dass gerade innovative Unternehmen sowie Existenzgründerinnen und Existenzgründer Finanzierungsschwierigkeiten unterliegen, was der Innovationsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland nachhaltigen Schaden zufügen könnte?

Innovative Unternehmen und Gründungen sind wichtige Treiber des gesamtwirtschaftlichen Strukturwandels. Insbesondere Gründungen aus forschungs- und wissensintensiven Sektoren tragen überdurchschnittlich zu Innovation, Wachstum und Beschäftigung bei. Technologiegründungen sind jedoch sehr viel komplexer und kapitalintensiver als normale Gründungen. Zudem führen die hohen Unsicherheiten bei Technologie, Marktentwicklungen und beim Manage-

ment dazu, dass Bankkredite für Hightechgründer praktisch nicht zugänglich sind. Bei mehr als der Hälfte aller High Tech Start Ups (56 Prozent) ist die Finanzierung das Gründungshemmnis Nummer 1. Hingegen ist nur ein Viertel der „normalen“ Gründer von Finanzierungsproblemen betroffen. Beteiligungskapital, welches im Unterschied zu Fremdkapital nicht nur an den Risiken, sondern auch an den Wachstumschancen partizipiert, bleibt oft die einzige Finanzierungsmöglichkeit. Leider hat sich der Markt für Risikokapital in Deutschland nach dem massiven Einbruch in den Jahren 2000/2001 nicht nachhaltig erholt. Nach wie vor gibt es zu wenige private Venture Capital-Fonds, die in diesem Bereich investieren. Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Lage am deutschen Risikokapitalmarkt zudem weiter verschärft. Das belegt auch die vom Bundesverband deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften (BVK) jüngst vorgelegte Statistik: 2009 sind die Wagniskapitalinvestitionen in Deutschland mit 611 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr um 45 Prozent eingebrochen und haben damit ein historisches Tief erreicht.

9. Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung einer solchen Gefährdung der Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft entgegenwirken?

Zum Ausgleich der Nachteile bei der Unternehmensfinanzierung junger innovativer Firmen bietet die Bundesregierung verschiedene Finanzierungsinstrumente zur Unterstützung an, darunter das ERP-Innovationsprogramm, den ERP-Startfonds, den High-Tech Gründerfonds, das EXIST-Gründerstipendium sowie EXIST-Forschungstransfer.

Das Ende 2005 neu gestaltete ERP-Innovationsprogramm leistet einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Innovationstätigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen. Es finanziert Forschungs- und Entwicklungsvorhaben mit bis zu 5 Mio. Euro pro Vorhaben durch eine kombinierte Fremdkapital- und Nachrangkapitalfinanzierung. Um die Innovationstätigkeit der Unternehmen auch in schwierigen Zeiten zu unterstützen, hat die Bundesregierung das ERP-Innovationsprogramm im Rahmen des Konjunkturpakets I um weitere 300 Mio. Euro aufgestockt. 2009 wurden insgesamt 1,2 Mrd. Euro für den Transfer von innovativen Ideen in neue Produkte und Verfahren zugesagt.

Mit dem ERP-Startfonds unterstützt die Bundesregierung junge innovative Technologieunternehmen in ihrer Entwicklungs- und Aufbauphase mit der Bereitstellung von Beteiligungskapital. Dabei geht der ERP-Startfonds Beteiligungen zu gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie ein weiterer privater Leadinvestor ein. In Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Bundesregierung die Mittel für den ERP-Startfonds im Rahmen des Konjunkturpakets I um 220 Mio. Euro auf insgesamt 470 Mio. Euro aufgestockt. Dabei nutzt die Bundesregierung die Erleichterungen des Vorübergehenden Gemeinschaftsrahmens der EU, d. h. die einzelnen Finanzierungstranchen können bis zu 2,5 Mio. Euro und das gesamte öffentliche Engagement bis zu 6 Mio. Euro betragen. Bisher wurden mehr als 560 Vertragszusagen mit einem Volumen von rd. 260 Mio. Euro erteilt.

Der High-Tech Gründerfonds wurde im August 2005 durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) zusammen mit der KfW Bankengruppe und Partnern aus der Industrie (BASF, Siemens und Deutsche Telekom; Ende 2006 Daimler, Bosch und Carl Zeiss) ins Leben gerufen. Seitdem verfügt der Fonds über ein Volumen in Höhe von insgesamt 272 Mio. Euro. Der Bund bringt Haushaltsmittel von insgesamt 240 Mio. Euro in den Fonds ein. Der High-Tech Gründerfonds investiert Risikokapital in neu gegründete deutsche Technologieunternehmen, damit diese Erfolg versprechende Forschungsvorhaben bis zur Erstellung eines Prototyps bzw. eines „proof of market“ unternehmerisch umsetzen können. Der Fonds beteiligt sich in einer ersten Finanzierungs-

runde mit bis zu 500 000 Euro an einem jungen Technologieunternehmen. In einer Folgefinanzierungsrunde kann der Fonds weiteres Risikokapital zur Verfügung stellen, der Höchstbetrag pro Unternehmen liegt einschließlich Folgefinanzierung bei 1 Mio. Euro. Seit 2005 hat der High-Tech Gründerfonds bereits 226 Zusagen (Stand: 31. März 2010) für Beteiligungen an jungen Technologieunternehmen erteilt. Das entspricht einem Volumen von 106,7 Mio. Euro (Stand: 31. März 2010). Darüber hinaus konnten bis Ende März 2010 über 190 Mio. Euro für Anschlussfinanzierungen eingeworben werden.

Mit dem Programm „EXIST – Existenzgründungen aus der Wissenschaft“ werden seit 1998 durch den Bund Maßnahmen zur Verankerung einer Kultur der unternehmerischen Selbständigkeit und zur Stärkung des Unternehmergeistes an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen unterstützt. Das EXIST-Gründerstipendium unterstützt Gründer an Hochschulen und Forschungseinrichtungen während der Vorgründungsphase, damit diese ihren Geschäftsplan erstellen und ihre innovative Produkt-/Dienstleistungsidee entwickeln können. Gründer (oft Teams mit zwei bis drei Personen) erhalten für ein Jahr ein Stipendium sowie Sach- und Coachingmittel. Je Gründungsvorhaben beträgt die Förderung durchschnittlich etwa 78 000 Euro. Seit Programmstart im September 2007 wurden EXIST-Gründerstipendien für insgesamt 450 Gründungsvorhaben (Stand: Januar 2010) vergeben. Pro Jahr werden rund 200 neue innovative Vorhaben gefördert. Wichtigste Dienstleistungs- und Technologiefelder: Software, Mobilfunk-/Kommunikationstechnologien, Internet, Biotechnologie, Umwelttechnologien, Medizintechnik.

EXIST-Forschungstransfer ergänzt das eher breitenwirksame EXIST-Gründerstipendium. EXIST-Forschungstransfer erleichtert technisch besonders anspruchsvollen Gründungsvorhaben den oft nur schwer finanzierbaren Weg vom Labor zum Markt. Pro Jahr werden bundesweit rund 25 bis 30 technologisch besonders anspruchsvolle Ausgründungsvorhaben aus Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen unterstützt, die abgeschlossenen Forschungsprojekten entstammen und bis zur „Gründungsreife“ noch erhebliche, risikobehaftete Entwicklungsarbeiten erfordern.

Die Förderung erfolgt in zwei Phasen:

- Phase I (18 Monate): Die angehenden Gründerinnen und Gründer entwickeln zunächst noch an ihrer Hochschule bzw. Forschungseinrichtung die Produkte bis zum Nachweis der technischen Machbarkeit.
- Phase II (18 Monate): Mit der anschließenden Gründung erhalten sie einen weiteren Zuschuss, der die ersten Schritte zum Unternehmensaufbau und vor allem die Investorensuche erleichtert.

EXIST-Forschungstransfer startete im November 2007. In bislang fünf Antragsrunden wurden bis April 2010 insgesamt 67 Projekte zur Förderung ausgewählt. Die Förderung je Vorhaben in der Phase I beträgt durchschnittlich 360 000 Euro; für die anschließende Gründungsphase sind weitere 150 000 Euro vorgesehen. Fünf Vorhaben sind Anfang 2010 in Förderphase II eingemündet.

10. Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung nach Einrichtung eines Beteiligungsfonds zur Stärkung mittelständischer Unternehmer, die unverschuldet in die Krise geraten sind?

Der Forderung nach Einrichtung eines Beteiligungsfonds für mittelständische Unternehmen, die unverschuldet in die Krise geraten sind, mit staatlicher Unterstützung steht die Bundesregierung ablehnend gegenüber. Die damit verbundene Intention, dem Mittelstand zusätzliche Finanzierungsspielräume zu verschaffen und seine Eigenkapitalbasis zu stärken, wird durch das vorhandene Förderin-

strumentarium bereits in hohem Maße erfüllt. Für Unternehmen, die unverschuldet in die Krise geraten sind, stehen die Maßnahmen des Wirtschaftsfonds Deutschland zur Verfügung. In diesem Rahmen hat die Bundesregierung auch die Unterstützung der Fördertätigkeit der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaften durch staatliche Rückgarantien, die 2009 insgesamt 137 Mio. Euro in mittelständische Unternehmen investierten, ausgebaut. Seit April 2010 bieten die Bürgschaftsbanken gemeinsam mit den Mittelständischen Beteiligungsgesellschaften darüber hinaus bundesweit ein sog. Kombiproduct aus einem verbürgten Kredit (75 Prozent) und einer Beteiligung (25 Prozent) an. Damit wird ein weiterer wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Eigenkapitalausstattung der mittelständischen Wirtschaft geleistet.

11. Wie bewertet die Bundesregierung das Instrument einer Mittelstands-anleihe, die teilweise durch die Banken und teilweise durch den Staat zu verbürgen wäre und den Liquiditätsbedarf der mittelständischen Wirtschaft zu annehmbaren Konditionen sicherstellen könnte?

Das Instrument der Mittelstands-anleihe wird bereits von Banken der Privatwirtschaft angeboten. Begrüßenswert wäre allerdings, wenn das Angebot noch ausgeweitet würde. Eine Beteiligung seitens des Staates sieht die Bundesregierung kritisch.

12. Zu welchem Ergebnis ist die von der Bundesregierung zugesagte Prüfung der Möglichkeit gelangt, zur Schaffung zusätzlicher Spielräume für die Mittelstandsfinanzierung die Kreditvergabe durch Portfoliogarantien zu risikoadäquaten Preisen zu beleben?

Die von der Bundesregierung eingesetzte „Arbeitsgruppe Globaldarlehen“ hat das Instrument geprüft. Das Ergebnis wird dem Lenkungsausschuss Unternehmensfinanzierung zur Beratung vorgelegt.

13. Schließt sich die Bundesregierung der Auffassung an, dass ein auf Bundesebene eingerichteter Kreditmediator ohne niedrigschwelliges Mediationsangebot in der Fläche, z. B. auf Ebene der Kommunen oder im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung, einen nur begrenzten Wirkungsradius hat?

Wie grenzt sich die bundesweite Mediation von den regionalen „Mediationstischen“ der Spitzenverbände der Wirtschaft ab?

Um bei den Unternehmen vor Ort anzusetzen, wurde das Kreditmediationsverfahren bewusst dezentral, unter Einbindung der bereits bestehenden, regionalen Strukturen entwickelt. So findet das Kernstück des Mediationsverfahrens, der sog. Mediationstisch, bei der für das Unternehmen zuständigen Kammer statt. Als neutraler Vermittler bringt die Kammer das kredit suchende Unternehmen, das Kreditinstitut sowie Förderinstitute des Landes und/oder des Bundes an einen Tisch. Gegenüber den bereits bestehenden Strukturen zur Unterstützung der Unternehmensfinanzierung besitzt der Kreditmediator verschiedene Alleinstellungsmerkmale und ergänzt sie deshalb sinnvoll: Er nimmt eine herausgehobene und zugleich neutrale Stellung ein, die ihm in Schlichtungssituationen eine besondere Autorität verleiht. Er ist dabei ministerialfern und unabhängig nicht nur von privaten Banken, sondern auch von Deutscher Bundesbank und KfW Bankengruppe. Durch seine überregionale Tätigkeit gewinnt er einen Überblick über die bundesweite Finanzierungssituation von Unternehmen.

14. Beabsichtigt die Bundesregierung, unter angemessener Wahrung der Geschäftsgeheimnisse kreditvergebender Banken die Transparenz für mittelständische Kreditnehmer zu steigern und für sie nachvollziehbar zu machen, und anhand welcher Kriterien wird ihre Kreditwürdigkeit auf- bzw. vor allem abgewertet?

Die Banken sind inzwischen überwiegend bereit, mit den Kunden das Rating zu erörtern und bieten aktiv eine Vorbereitung hierauf an (vgl. z. B. www.sparkasse.de). In der Vergangenheit waren es seltener die Banken, die sich gewehrt hätten, das Ratingergebnis mitzuteilen, sondern öfter die Kunden, die danach gar nicht gefragt hatten. Für Fälle, wo es im Kreditvergabeprozess hakt – und wo dann die Frage der Transparenz oft doch noch eine Rolle spielt – hat die Bundesregierung den Kreditmediator eingesetzt. Seine Aufgabe ist dabei auch, die beiderseitige Transparenz bei Kreditverhandlungen zu verbessern. Unter Vermittlung des Kreditmediators präsentieren sich die Kredit suchenden Unternehmen ihrer Bank gegenüber so, dass diese die Kreditrisiken fair bewerten kann. Die Bank wird durch das Mediationsverfahren ihrerseits dazu angehalten, ihre Kreditentscheidung zu begründen und dem Unternehmen verständlich zu machen.

15. Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung der großen internationalen Ratingagenturen, wonach die Kreditwürdigkeit mittelständischer Unternehmen abnimmt?

Hierzu kann keine Einschätzung abgegeben werden. Auf die Beurteilung der Ratingagenturen hat die Bundesregierung keinen Einfluss.

16. Beabsichtigt die Bundesregierung, die Beratung von Unternehmen hinsichtlich der zahlreichen Förderprogramme für den Mittelstand in der Fläche zu verbessern, dadurch deren Nutzung zu verstärken und zu einer besseren Entfaltung ihrer Wirkung beizutragen?

Ist daran gedacht, durch unterstützende Maßnahmen das Verhältnis zwischen Kreditnehmern und Kreditgebern zu verbessern und Vertrauen in die Hausbanken zu steigern?

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Beratungskompetenz insbesondere kleiner Regionalbanken in Bezug auf Förderinstrumente vor allem der KfW Bankengruppe zu stärken?

Das BMWi hält im Internet für die verschiedensten Aspekte der Unternehmensfinanzierung umfangreiche Informationen bereit. So ist z. B. unter www.existenzgruender.de eine hervorragende Anlaufstelle für Gründungsvorhaben und deren Finanzierung gegeben. Unter www.bmwi-unternehmensportal.de finden sich weitere Informationen für sonstige Finanzierungsvorhaben, ferner steht eine Abfragemöglichkeit über eine Förderdatenbank bereit (www.foerderdatenbank.de). Außerdem hat das BMWi eine Förderhotline für Finanzierungsfragen eingerichtet (030 18615-8000). Entsprechende Informationsangebote finden sich auch auf den Internetseiten der KfW Bankengruppe (vgl. www.kfw.de).

Die KfW Bankengruppe informiert mit Ihren Bankerundschreiben die Banken aktuell hinsichtlich Änderungen bei Förderprogrammen und Konditionen. Außerdem hat die KfW die Konjunktur auf Tour 2010 eröffnet, bei der die Unternehmen direkt vor Ort die Möglichkeit haben, sich über das Sonderprogramm der KfW Bankengruppe und andere Finanzierungsmöglichkeiten beraten zu lassen (www.konjunktur-auf-tour.kfw.de).

